

Brussels, 16 December 2024
(OR. en, de)

16843/24

FRONT 341
MIGR 462
ASILE 130
COMIX 511
COTER 251

NOTE

From: German delegation
To: Working Party on Frontiers/Mixed Committee
(EU-Iceland/Liechtenstein/Norway/Switzerland)

No. prev. doc.: 10482/24

Subject: Prolongation of border controls at the German internal borders in accordance with Article 25 of Regulation (EU) 2016/399 on a Union Code on the rules governing the movement of persons across borders (Schengen Borders Code)

Delegations will find attached a copy of the letter received by the General Secretariat of the Council on 11 December 2024 regarding the prolongation of border controls by Germany to the Republic of Poland, the Czech Republic and the Swiss Confederation as of 16 December 2024 to 15 March 2025.



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat

IM 013698 2024
11-12-2024

WIR FEIERN

75 JAHRE

GRUNDGESETZ

E-MAIL

Bundesministerium des Innern und für Heimat, 11014 Berlin

Frau
Henna Virkkunen
Vizepräsidentin der Europäischen Kommission
1049 Bruxelles/Brussels
BELGIEN

Herrn
Magnus Brunner
Kommissar für Inneres und Migration der Europäischen Kommission
1049 Bruxelles/Brussels
BELGIEN

Frau
Thérèse Blanchet
Generalsekretärin des Rates der Europäischen Union
1049 Bruxelles/Brussels
BELGIEN

Frau
Roberta Metsola
Präsidentin des Europäischen Parlaments
1049 Bruxelles/Brussels
BELGIEN

Innenministerinnen und Innenminister
der EU- und Schengenstaaten

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit komme ich zurück auf mein Schreiben vom 9. September 2024, mit dem ich bereits angekündigt hatte, die bestehenden Binnengrenzkontrollen zur Republik Polen, zur Tschechischen Republik und zur Schweiz nach ihrem Ablauf am 15. Dezember 2024 bis zum 15. März 2025 zeitlich fortzusetzen. Das in diesem Schreiben sowie im Schreiben vom 24. Mai 2024 dargestellte irreguläre Migrationsgeschehen und die damit oftmals einhergehende Schleusungskriminalität bewegen sich weiter auf einem zu hohen Niveau.

Zustell- und Lieferanschrift: Ingeborg-Drewitz-Allee 4, 10557 Berlin
Verkehrsanbindung: S + U-Bahnhof Hauptbahnhof

Nancy Faeser
Bundesministerin

Alt Moabit 140
10557 Berlin

Postanschrift:
11014 Berlin

Tel +49 30 18 681-11000

Fax +49 30 18 681-11014

Ministerin@bmi.bund.de

www.bmi.bund.de

Berlin, 10. Dezember 2024

Seite 2 von 5

Ernsthafte Bedrohung der öffentlichen Ordnung oder der inneren Sicherheit nach Artikel 25 Absatz 1 Buchstabe c) des Schengener Grenzkodex:

Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache Frontex hat nach vorläufigen Angaben im Zeitraum Januar bis einschließlich September 2024 insgesamt rund 165.000 unerlaubte Grenzübertritte über die EU-/Schengen-Außengrenzen erfasst. Für die südlichen und östlichen deutschen Landgrenzen sind die Ostmediterrane Route und die Balkanroute sowie die Ostroute von besonderer Bedeutung. Die Feststellungszahlen auf der Ostmediterranen Route liegen dabei deutlich höher als im Vorjahreszeitraum.

Auch die Europäische Asylagentur betont in ihren wöchentlichen Lageberichten die außerordentliche Belastung der Bundesrepublik Deutschland bei Asylantragstellern. Mit Blick auf die absolute quantitative Betrachtung der Anzahl der Asylantragsteller liegt die Bundesrepublik Deutschland europaweit an der Spitze.

Auch wenn im Vergleich zum Vorjahreszeitraum die Feststellungen unerlaubter Einreisen an den Landgrenzen zur Republik Polen (Januar bis Oktober 2024: rund 14.500; Januar bis Oktober 2023: rund 31.000), zur Tschechischen Republik (Januar bis Oktober 2024: rund 6.000; Januar bis Oktober 2023: rund 15.400) und zur Schweiz (Januar bis Oktober 2024: rund 11.400; Januar bis Oktober 2023: rund 14.600) rückläufig sind, bewegen sich diese Feststellungen, die nur das festgestellte Hellfeld abbilden, weiterhin auf einem zu hohen Niveau.

An der deutsch-polnischen Landgrenze sind im Zeitraum Januar bis Oktober 2024 rund 190 Schleusungsfälle mit rund 200 Schleusern und rund 3.200 Geschleusten festgestellt worden. An der deutsch-tschechischen Landgrenze waren es im Zeitraum Januar bis Oktober 2024 rund 150 Schleusungsfälle mit rund 160 Schleusern und rund 600 Geschleusten. An der deutsch-schweizerischen Landgrenze gab es folgende Feststellungen im Zeitraum Januar bis Oktober 2024: rund 110 Schleusungsfälle mit rund 130 Schleusern und rund 360 Geschleusten. Allein im dritten Quartal 2024 sind dabei mit Grenzbezug zur Republik Polen, zur Tschechischen Republik und zur Schweiz insgesamt rund 30 besonders Menschen verachtende sog. Behältnisschleusungen aufgedeckt worden. Die Menschen verachtende Schleusungskriminalität und die immer skrupelloser agierenden Schleuser sind eine ernsthafte Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung.

Deutschland ist in Bezug auf die Unterbringung und die Versorgung Geflüchteter innerhalb der EU überproportional betroffen. Zu den in Deutschland aufgenommenen über 1,2 Millionen kriegsbedingt aus der Ukraine Geflüchteten tritt das irreguläre Migrationsgeschehen noch hinzu und belastet Länder und Kommunen zusätzlich. Obdachlosigkeit und die mit ihr einhergehenden Folgen für betroffene Geflüchtete und die Gesellschaft stellen auch polizeirechtlich eine ernsthafte Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung dar, die abgewendet werden muss. Die Länder und Kommunen tragen stetig und nachdrücklich ihre Belastung bei der Unterbringung und Versorgung vor. Aufgrund des unaufhaltsamen Zustroms geraten diese an ihre Grenzen bzw. haben diese teils bereits überschritten. Auch aus diesem Grund ist ein staatliches Einschreiten zur Begrenzung des irregulären Migrationsgeschehens erforderlich.

Neben diesen Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung bleiben die sicherheitspolitischen Entwicklungen weltweit und ihre Auswirkungen auf Europa und Deutschland weiterhin von großer Bedeutung (u. a. fortwährender und intensiv geführter Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und die Sicherheitslage im Nahen Osten). Dies gilt auch für die volatile Lage im Libanon und im Gazastreifen sowohl in sicherheits- als auch in migrationspolitischer Hinsicht.

Vor diesem Hintergrund und auch angesichts der bekannten Entwicklungen in Afghanistan, der Türkei und Syrien wird der Migrationsdruck an den EU-Außengrenzen vermutlich unvermindert hoch bleiben und ggf. (auch saisonal bedingt) wieder zunehmen. Dies dürfte sich dann auch auf die Migrationsrouten nach und innerhalb Europas und damit auf die Landgrenzen zur Republik Polen, zur Tschechischen Republik und zur Schweiz auswirken. Dabei werden weiterhin Schleuser diese Situation, insbesondere aus Gewinnstreben, skrupellos ausnutzen und ihre Schleusungsfahrten mit Gefahren für Leib, Leben und Gesundheit der Geschleusten über die Grenzen hinweg vornehmen.

Beurteilung der Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit nach Artikel 26 Absatz 1 i. V. m. Artikel 25 Absatz 1 Buchstabe c und Artikel 27 Absatz 3 des Schengener Grenzkodex:

Die vorübergehende Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen ermöglicht Kontrollen aus bloßem Anlass des Grenzübertritts. Dadurch können u. a. Schleusungshandlungen gezielter und frühzeitiger erkannt und unterbunden sowie Gefahren für die Gesundheit und das Leben der geschleusten Personen abgewehrt werden. Die vorübergehende Wiedereinführung von

Binnengrenzkontrollen ermöglicht zudem Personen, von denen eine (terroristische) Gefahr ausgeht, im Rahmen der Kontrollen frühzeitig zu erkennen, entsprechende polizeiliche Maßnahmen daraufhin zu treffen und damit Bedrohungen bereits direkt an der Grenze abzuwehren. Ferner ermöglichen temporäre Binnengrenzkontrollen das Ergreifen von einreiseverhindernden Maßnahmen nach nationalem Recht.

Grenzpolizeiliche Maßnahmen unterhalb der Schwelle der vorübergehenden Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen nach Maßgabe von Art. 23 des Schengener Grenzkodexes und auf Grundlage des nationalen Rechts (sog. Schleierfahndung) bleiben auch im Fall der vorübergehenden Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen flankierend abseits der unmittelbaren Grenze im gesamten Grenzgebiet aufrecht erhalten. Sie stellen allerdings angesichts der zuvor skizzierten und mit der vorübergehenden Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen verbundenen Möglichkeiten zur Adressierung der identifizierten Gefahren (u. a. Kontrollen aus bloßem Anlass des Grenzübertritts) keine gleichermaßen geeignete Alternative dar. Verfügbare technische Einsatzmittel fokussieren nicht auf das Erkennen und Verhindern irregulärer Migration und sind insoweit ebenfalls nicht gleichermaßen geeignet.

Die grenzüberschreitende grenzpolizeiliche Zusammenarbeit der Grenz-/Polizeibehörden ist kein gleichermaßen geeigneter Ersatz; diese flankiert die ergriffenen Maßnahmen und trägt auch dazu bei, die Auswirkungen für die Grenzregionen und den grenzüberschreitenden Verkehr bestmöglich zu minimieren. Die Bundespolizei arbeitet intensiv mit ihren Partnerbehörden der jeweiligen Anrainerstaaten zusammen. Dabei werden anlassbezogen die jeweiligen vielfältigen Kooperationsmöglichkeiten, u. a. nach dem Schengener Durchführungsübereinkommen und dem bilateralen Polizeivertrag, ausgeschöpft. Die Ausprägungen können hierbei regional unterschiedlich und an den jeweiligen Bedarfen auf beiden Seiten der Grenze ausgerichtet sein.

Vorübergehende Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen auf der Grundlage von Artikel 25a Absatz 4 und 5 Schengener Grenzkodex:

In Abwägung aller Optionen komme ich zu dem Schluss, als ultima ratio die vorübergehende Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen an der deutsch-polnischen, deutsch-tschechischen und deutsch-schweizerischen Landgrenze nach Artikel 25a Absatz 4 und 5 des Schengener Grenzkodex mit Wirkung zum 16. Dezember 2024 vorübergehend anzuordnen. Die Dauer

dieser Binnengrenzkontrollen (bis einschließlich 15. März 2025) erfolgt – wie bereits angekündigt – im zeitlichen Gleichklang zu den mit meinem Schreiben vom 9. September 2024 angeordneten Binnengrenzkontrollen. Diese Binnengrenzkontrollen werden nicht systematisch, sondern stets lageorientiert und örtlich und zeitlich flexibel durchgeführt werden. Die Bundespolizei arbeitet dabei im größtmöglichen Umfang eng und vertrauensvoll mit den benachbarten Partnerbehörden zusammen. Aus Gründen der Verhältnismäßigkeit und zur Vermeidung unnötiger Beeinträchtigungen des grenzüberschreitenden Verkehrs durch eine Kanalisierung des Verkehrs über bestimmte Verkehrswege habe ich auf die Festlegung von Grenzübergangsstellen – wie bisher – verzichtet. Seien Sie versichert, dass die Bundespolizei nach wie vor bestrebt sein wird, die Auswirkungen auf den grenzüberschreitenden Straßen- und Warenverkehr, die Wirtschaft und das Leben sowie Arbeiten in den Grenzregionen so gering wie nur möglich zu halten.

Mit freundlichen Grüßen



Nancy Faeser

Dear Colleagues,

In my letter of 9 September 2024, I stated my intention to continue the existing checks at Germany's borders with the Republic of Poland, the Czech Republic and Switzerland until 15 March 2025 when they expire on 15 December 2024. In that letter and in my letter of 24 May 2024, I described the irregular migration and illegal migrant smuggling which often accompanies it. This irregular migration and migrant smuggling remains excessive.

Serious threat to public policy or internal security under Article 25 (1) (c) of the Schengen Borders Code:

According to preliminary figures, Frontex, the European Border and Coast Guard Agency, recorded a total of approximately 165,000 illegal crossings at the external EU/Schengen borders from January up to and including September 2024. The eastern Mediterranean route, the Balkan route and the eastern route are especially significant for Germany's southern and eastern land borders. Numbers for the eastern Mediterranean route are significantly higher than in the same period last year.

In its weekly updates, the European Union Agency for Asylum highlights the extraordinary pressure that the Federal Republic of Germany is facing from the large number of asylum applications. In absolute and quantitative terms, the Federal Republic of Germany ranks first in Europe as regards the number of asylum applications.

Although the numbers of illegal entries have fallen in comparison to the same period last year at the land borders with the Republic of Poland (January to October 2024: approx. 14,500; January to October 2023: approx. 31,000), with the Czech Republic (January to October 2024: approx. 6,000; January to October 2023: approx. 15,400) and with Switzerland (January to October 2024: approx. 11,400; January to October 2023: approx. 14,600), they are still too high and only include the number of illegal entries actually detected.

Along the German–Polish land border, approximately 190 cases of migrant smuggling involving some 200 smugglers and approximately 3,200 smuggled individuals were detected between January and October 2024. Along the German–Czech land border, approximately 150 cases of migrant smuggling involving some 160 smugglers and approximately 600 smuggled individuals were detected between January and October 2024. Along the German–Swiss land border, approximately 110 cases of migrant smuggling involving some 130 smugglers and approximately 360 smuggled individuals were detected between January and October 2024. In the third quarter of 2024 alone, a total of about 30 cases of migrant smuggling in cargo vehicles – an especially inhuman practice – were discovered along the borders with the Republic of Poland, the Czech Republic and Switzerland. Illegal migrant smuggling with no regard for human life and increasingly unscrupulous migrant smugglers pose a serious threat to public security and order.

Within the EU, Germany is disproportionately affected by having to accommodate and provide for asylum applicants. On top of the 1.2 million war refugees from Ukraine that Germany has taken in, irregular migration adds to the burden on our federal states and municipalities. Homelessness and its consequences for affected refugees and society also pose a serious threat to public security and order and must be averted. Germany’s federal states and municipalities repeatedly emphasise the challenges they face when it comes to accommodating and providing for migrants. Due to the continuous influx of people, the federal states and municipalities are close to their limits, and some of them have already reached their limits. This is another reason why government intervention is needed to limit irregular migration.

In addition to these threats to public security and order, current developments in the global security situation and their repercussions for Europe and Germany continue to be extremely important (including Russia’s ongoing and intensive war of aggression against Ukraine and the security situation in the Middle East). The same is true of the volatile situation in Lebanon and the Gaza Strip, in terms of its impact on both security and migration.

As a result, and also because of the current developments in Afghanistan, Turkey and Syria, migratory pressure at the EU's external borders is likely to remain unchanged at a high level and could increase even further, depending on seasonal conditions. This would likely have an impact on the migration routes to and within Europe as well, including Germany's land borders with the Republic of Poland, the Czech Republic and Switzerland. Migrant smugglers will continue to shamelessly exploit this situation, mainly in pursuit of profit, and risk the lives and health of those smuggled across borders.

Assessment of the necessity and proportionality pursuant to Article 26 (1) in conjunction with Article 25 (1) (c) and Article 27 (3) of the Schengen Borders Code:

The temporary reintroduction of checks at the internal borders means that checks can be carried out simply because people are crossing the border. These checks make it possible to detect and prevent smuggling activities, among other things, in a more targeted manner and at an earlier stage, and can help avert dangers to the lives and health of the people being smuggled. The temporary reintroduction of border control at internal borders also makes it possible to identify at an early stage those individuals who pose a (terrorist) threat and to respond with relevant police measures, thus averting the threat already at the border. In addition, temporary checks at internal borders allow the use of measures envisaged by national law to prevent persons from entering the country.

Border policing measures that fall below the threshold of temporary border control based on Article 23 of the Schengen Borders Code and national law (random spot checks) will continue to be in operation throughout the wider border area. However, such checks do not constitute an equally suitable alternative to the temporary reintroduction of border control at internal borders (including checks solely on the basis of people crossing the border) in terms of being able to address the threats identified. The available technical equipment is not focused on detecting and preventing irregular migration and is therefore not equally suitable, nor is cross-border cooperation of the border/police forces. This type of cooperation supports the measures taken and helps to minimise the impact on the border region as far as possible. Germany's Federal Police work closely with their partner authorities in the neighbouring countries. Depending on the situation, a range of diverse

cooperation measures are used, including those based on the Convention Implementing the Schengen Agreement and on bilateral police agreements. Cooperation may vary in the different regions and is adapted to the needs on both sides of the border.

Temporary reintroduction of border control at internal borders on the basis of Article 25a (4) and (5) of the Schengen Borders Code:

After weighing up all the possible options, I have decided to order the temporary reintroduction of border control at Germany's land borders with the Republic of Poland, the Czech Republic and Switzerland as a last resort under Article 25a (4) and (5) of the Schengen Borders Code effective 16 December 2024. As already notified, the duration of these border control measures (up to and including 15 March 2025) is aligned with the time period for the border control I ordered in my letter of 9 September 2024. These internal border checks will not be carried out systematically, but will always be conducted as the situation requires and flexibly in terms of time and place. In conducting these checks, the Federal Police work to the fullest extent possible in close and trusting cooperation with their partner authorities in Germany's neighbouring countries. For reasons of proportionality and to avoid unnecessary disruptions of cross-border traffic that might occur if traffic were channelled through selected routes, I have decided – as previously – not to define specific border crossing points. Please be assured that Germany's Federal Police will as always strive to keep to a minimum the impacts on cross-border road traffic and the flow of goods, the economy and the lives and work of people in the border region.

Yours sincerely,

Nancy Faeser
